

ANLAGE

Vorblatt zum Frühwarndokument

Vorhaben:	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe und zur Aufhebung der Richtlinie 2014/94 EU des Europäischen Parlaments und des Rates
KOM-Nr.:	COM (2021) 559 final
BR-Drucksache:	709/21
Federführendes Ressort/Aktenzeichen:	Referat VII 40 (vorläufig, da nur für allg. Belange der Verkehrsträger zuständig)
Zielsetzung:	<p>Mit dem Vorschlag sollen verbindliche nationale Ziele für den Aufbau einer ausreichenden Infrastruktur für alternative Kraftstoffe in der Union für Straßenfahrzeuge, Schiffe und stationäre Luftfahrzeuge festgelegt werden.</p> <p>Ziele sind:</p> <ul style="list-style-type: none">– Gewährleistung einer Mindestinfrastruktur zur Unterstützung der erforderlichen Einführung von mit alternativen Kraftstoffen betriebenen Fahrzeugen für alle Verkehrsträger,– Gewährleistung der vollständigen Interoperabilität der Infrastruktur und– Gewährleistung umfassender Nutzerinformationen und angemessener Zahlungsoptionen.
Wesentlicher Inhalt:	<p>Der Entwurf enthält gemeinsame technische Spezifikationen und Anforderungen für die Infrastruktur für alternative Kraftstoffe in Bezug auf Nutzerinformationen, die Bereitstellung von Daten und Bezahlung.</p> <p>Die Verordnung legt Regeln für die von den Mitgliedsstaaten zu beschließenden nationalen Strategierahmen fest und sieht zur Förderung der Zusammenarbeit und der Fortschrittsverfolgung einen Berichterstattungsmechanismus vor.</p>

Vorläufige Einschätzung zur Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips (bei Bedenken: kurze Begründung):	Keine Bedenken.
Besonderes schleswig-holsteinisches Interesse?:	Mit der Verordnung wird ein wichtiger und umfassender Rahmen für den Aufbau einer nachhaltigen Verkehrsinfrastruktur der Zukunft unter Berücksichtigung der verschiedenen Energieträger geschaffen. Sie steht somit auch im Interesse des Landes SH.
Zeitplan für die Behandlung: a) Bundesrat b) Rat: c) ggf. Fachministerkonferenzen, etc.	713. Sitzung des Verkehrsausschusses des Bundesrates am 20.10.2021, 914. Sitzung des Wirtschaftsausschusses des Bundesrates am 21.10.2021.